

Österreichs Erfahrungen mit der EU und dem Euro

Fritz Breuss

Fritz.Breuss@wifo.ac.at; Fritz.Breuss@wu.ac.at

Beitrag für das Buch:

Andreas Maurer, Heinrich Neisser, Johannes Pollak (Hg.):
20 Jahre Mitgliedschaft Österreichs
Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2015, 119-132.

Abstract

Österreich trat 1995 der EU bei. Konfrontiert man die Erwartungen der ÖsterreicherInnen an die EU mit den Erfahrungen in der EU, so fällt auf, dass der anfänglichen EU-Euphorie bald Skepsis und Ernüchterung folgte. Interessanterweise fallen aber die tatsächlich realisierten Vorteile der EU und die „gefühlten“ Nachteile stark auseinander. Objektiv gesehen hat die EU-Mitgliedschaft und die Teilnahme an allen weiteren Stufen der Integration (Euro, EU-Erweiterungen) Österreich beträchtliche wirtschaftliche Impulse gebracht, die bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 und der folgenden Euro-Krise anhielten. Inklusiv der Vorteile durch die Ostöffnung 1989 hat die aktive Teilnahme Österreichs an allen folgenden Integrationsstufen (EU-Beitritt, Euro-Einführung, EU-Erweiterung) Österreich einen „EU-Bonus“ von rund ½% bis 1% mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr gebracht, wovon allein auf den EU-Beitritt mehr als ½% entfallen. Seit der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung in Europa nach den diversen Krisen (Große Rezession 2009, Euro-Krise seit 2010, Unsicherheiten durch die Ukraine-Russland-Krise 2013/14) scheint der „EU-Wachstumsbonus“ langsam zu verblassen.

Keywords: European Integration; Model simulations; country studies.

JEL Classification: F15; C51; O52.

Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Auf die EU-Euphorie folgte Skepsis	2
2.1 <i>Dazu gehören ist alles</i>	3
2.2 <i>Subjektive Einschätzung widerspricht objektiver Erfahrung</i>	4
2.3 <i>Überzogene Erwartungen?</i>	5
3. Was hat die EU-Mitgliedschaft gebracht?.....	5
3.1 <i>Das „EU- Integrationspuzzle“</i>	6
3.2 <i>Österreich zieht EU und USA davon</i>	7
3.2.1 Hoher EU-Bonus bis zur Krise	7
3.2.1.1 Ostöffnung 1989.....	8
3.2.1.2 EU-Mitgliedschaft 1995	8
3.2.1.3 WWU-Mitgliedschaft 1999	10
3.2.1.4 EU-Erweiterung 2004/07.....	10
3.2.1.5 Gesamteffekte der österreichischen EU-Integration seit 1989.....	10
3.2.2 Schwindender EU-Wachstumsbonus seit der Euro-Krise	12
4. Schlussfolgerungen und Ausblick	13
Literatur	14

1. Einleitung

Die europäische Integration seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine Abfolge von Regimewechseln: Schaffung der Zollunion in den sechziger Jahren; Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit Einführung des Euro in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gefolgt von den großen EU-Erweiterungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Österreich beteiligte sich als EU-Mitglied seit 1995 an allen Schritten zur Vertiefung der EU-Integration (Binnenmarkt, WWU, Euro) und ist auch einer der Hauptprofiteure der großen EU-Erweiterungen seit 2004. 2014/15 feiert Österreich mehrere Jubiläen: 25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs; nach der "Grenzöffnung 1989" konnte Österreich neue Marktchancen in Osteuropa lukrieren; 20 Jahre EU-Mitgliedschaft und 15 Jahre Mitglied der WWU (Euro); 10 Jahre seit Beginn der großen EU-Erweiterung nach Osteuropa. Mit dem Beitritt Kroatiens im März 2013 ist die EU auf 28 Mitglieder angewachsen. In dieser Zusammensetzung dürfte die EU bis auf weiteres verbleiben. Der neue Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker hat bereits ausgeschlossen, dass es in den nächsten fünf Jahren zu einer Aufnahme neuer Länder kommen wird.

In diesem Beitrag werden die Erwartungen der ÖsterreicherInnen an die EU mit den Erfahrungen in der EU konfrontiert. Der anfänglichen EU-Euphorie folgte bald Skepsis und Ernüchterung. Interessanterweise fallen tatsächlich realisierte Vorteile der EU und „gefühlte“ Nachteile stark auseinander. Objektiv gesehen hat die EU-Mitgliedschaft und die Teilnahme an allen weiteren Stufen der Integration (Euro-Einführung, EU-Erweiterung) Österreich beträchtliche wirtschaftliche Impulse gebracht, die bis zum Ausbruch der großen Krisen (Große Rezession 2009, Euro-Krise seit 2010, Unsicherheiten durch die Ukraine-Russland-Krise) anhielten. Seither scheint der EU-Bonus langsam zu verblassen.

2. Auf die EU-Euphorie folgte Skepsis

Nachdem die neun Länder umfassende EWG im Jahre 1985 in einem Weißbuch die Schaffung des Binnenmarktes angekündigt hatte, mussten sich die damals noch 10 EFTA-Länder entscheiden, wie sie dieser neuen Herausforderung begegnen würden. Österreich – zusammen mit Finnland und Schweden – entschied sich für einen EU-Beitritt, der am 1. Jänner 1995 erfolgte. Die übrigen vier EFTA-Länder wurden entweder über das Projekt Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) – wie Island, Liechtenstein und Norwegen - seit 1994

wirtschaftlich enger mit der EU verflochten oder schlossen - wie die Schweiz - mit der EU bilaterale Verträge ab.

2.1 Dazu gehören ist alles

Anlässlich der Volksabstimmung über den EU-Beitritt am 12. Juni 1994 war die Begeisterung, endlich der inzwischen durch den Maastricht-Vertrag in Europäische Union umgetauften und 12 Mitglieder zählenden EU groß. 66,6% stimmten dafür. Die ÖsterreicherInnen hatten das Gefühl, dass dazu gehören alles ist, ein Abseitsstehen hätte für eine kleine offene Volkswirtschaft nur Nachteile. So lauteten auch die Befunde der meisten ex ante Studien über die möglichen Auswirkungen der österreichischen EU-Mitgliedschaft (siehe Breuss 2012).

Wie meistens nach Neubetritten zur EWG/EU so schlug auch in Österreich die anfängliche EU-Euphorie in Skepsis um. Das scheint auch in Großbritannien so gewesen zu sein, das kurz nach ihrem EWG-Beitritt 1973 am 5. Juni 1975 eine Volksabstimmung über den Verbleib in der EWG abhielt, die damals pro Europa ausfiel. In Österreich ging die politische Stimmung gegen die EU nicht so weit, dass ein EU-Austritt angedacht wurde, aber man nörgelte an vielen Dingen, die aus „Brüssel“ kamen herum.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) befragt die ÖsterreicherInnen seit dem EU-Beitritt regelmäßig, ob sie Mitglied der Union bleiben wollen oder wieder austreten möchten¹ und stellt die erhobenen Prozentwerte dem Ergebnis der Volksabstimmung zum EU-Beitritt von 1994 (66,6% dafür, 33,4% dagegen) gegenüber.

In den beiden Anfangsjahren lag die Zustimmung zur EU etwa auf dem Niveau jener der Volksabstimmung. Seit 1997 stieg die Zustimmung auf über 70%, 1999 sogar auf 82%, 2002 auf 80%. Nach der großen EU-Erweiterung 2004 sackte die Zustimmung wieder auf das Niveau der Volksabstimmungswerte ab, um nach Ausbruch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wieder neue Höhen zu erreichen. Angesichts der anhaltenden Euro-Krise und der politischen Krise in der Ukraine sank die Zustimmung zur EU wieder. Im Gegenzug stieg der Anteil der Befürworter eines EU-Austritts. Trotz vieler kleiner Auf und Ab pendelte aber letztlich der Anteil der Austrittsbefürworter immer relativ konstant unter der Marke der Volksabstimmung von 1994. Eine ähnliche Entwicklung ergeben die laufenden Umfragen der EU im Eurobarometer. Dabei werden u.a. die BürgerInnen gefragt, ob die EU

¹ Eine andere spannende Frage wäre natürlich, ob die ÖsterreicherInnen nach heutigem Wissensstand nochmals bereit wären, der EU beizutreten.

für sie mehr Vor- oder Nachteile gebracht habe und wie ihre Einstellung zur EU-Mitgliedschaft ist.

Insgesamt glauben die ÖsterreicherInnen in der aktuellsten Umfrage der ÖGfE anlässlich des Jubiläums von „20 Jahre EU-Beitritt“ (siehe Schmidt, 2014), dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile (44% zu 35%) gebracht hat, wobei die großen Unternehmen stärker als Gewinner gesehen werden als die kleinen und mittleren (bei letzteren überwiegen die Nachteile). Die Einführung des Euro wird – obwohl der Euro oftmals als „Teuro“ verteufelt wird - mit 61% positiv bewertet, das passfreie Reisen wegen Schengen mit 51%. Die EU-Erweiterung wird allerdings mehrheitlich (61%) negativ gesehen.

Die Befragungen nach 20 Jahren EU-Mitgliedschaft sind natürlich auch ein Spiegelbild des üblichen Auf und Ab von (übertriebenen) Erwartungen vor einem Beitritt und der Normalität nachher. Mit Ausnahme der negativen Einschätzung der Auswirkungen der EU-Erweiterungen schätzen die ÖsterreicherInnen im Großen und Ganzen die EU-Mitgliedschaft doch realistisch ein.

2.2 Subjektive Einschätzung widerspricht objektiver Erfahrung

In „Schönwetterzeiten“, das war die Periode bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC) 2008/09 war die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft hoch. Oder man könnte es auch anders deuten: die EU „störte“ nicht. Erst in wirtschaftlichen Krisenzeiten zeigt sich, ob die Teilnahme an einem Wirtschaftsbündnis hilfreich oder eine „Zwangsjacke“ ist. Kurz nach Ausbruch der GFC 2008/09 waren die meisten ÖsterreicherInnen der Meinung, dass der Euro einen guten Schutz gegen externe Gefahren bilden würde. Diese Einschätzung wich allmählich einer Ernüchterung, als die Euro-Krise ausbrach und ein Rettungspaket nach dem anderen für angeschlagene Euro-Mitgliedstaaten in der Peripherie geschnürt und auch mitfinanziert werden mussten. Der Euro wurde dadurch mehr und mehr als eine Belastung empfunden, der sich EU-Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone (wie z.B. Großbritannien, Polen oder Schweden) entziehen konnten und mit ihrer flexiblen Wechselkurspolitik rasch auf externe Schocks reagieren konnten. Dennoch scheint in Österreich die EU-Stimmung der Bevölkerung nicht recht zu den Fakten zu passen. Wie noch gezeigt wird, ist Österreich sicherlich eines der wenigen Länder, das durch den EU-Beitritt objektiv betrachtet zu den großen Gewinnern zählt.

2.3 Überzogene Erwartungen?

Wie im Falle der Abschätzung der Auswirkungen des Binnenmarktes in der EU durch den von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Cecchini-Bericht Ende 1988 wurden auch in Österreich kurz nach der Veröffentlichung des „Weißbuches zur Vollendung des Binnenmarktes“ 1985 diverse ex-ante-Studien angefertigt, die die Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft bzw. einer Nichtmitgliedschaft abschätzen sollten. Bereits die Erwartungen im Cecchini-Bericht für die EU waren etwas hoch angesetzt. Auf Grund von Modellsimulationen erwartete man durch die Schaffung des Binnenmarktes, dass in der EU das jährliche BIP zusätzlich um $\frac{3}{4}\%$ steigen würde, dass durch mehr Wettbewerb die Inflationsrate um rund 1% sinken und die Zahl der Beschäftigten innerhalb von 6 Jahren um 1.8 Millionen zunehmen würde. Da sich recht bald herausstellte, dass diese Wachstumserwartungen überzogen waren, legte man mit der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm vor, das über diverse Strukturreformen letztlich doch dazu führen sollte, dass die Erwartungen in den Binnenmarkt erfüllt werden. Danach sollte die EU bis 2010 der „am schnellsten wachsende Markt in der Welt“ – mit einem jährlichen BIP-Wachstum von 3% - werden. Erzielt wurde letztlich in der EU/Eurozone zwischen 2000 und 2010 nur ein jährliches Wachstum von 1,4% bzw. 1,2%. Nachdem die Ziele der Lissabon-Strategie– nicht zuletzt wegen des Rückschlags durch die Große Rezession 2009 – nicht erreicht wurden, kam es im Jahr 2010 zu einer Neuauflage der EU-Wachstumsstrategie unter dem Titel „Europa 2020“.

In diversen ex ante-Studien (siehe die Zusammenstellung in Breuss 2012, S. 43) wurden die zahlreichen Integrationsschritte Österreichs bewertet. Die Ostöffnung 1989, die EU-Mitgliedschaft und die WWU-Teilnahme hätten demnach jeweils rund $\frac{1}{2}\%$ mehr Wirtschaftswachstum jährlich bringen sollen. Die EU-Erweiterungen ab 2004 sollten nur halb so viel zusätzliches BIP-Wachstum bringen. Im Gegensatz zu den hohen Erwartungen, die die Cecchini-Studie für die EU geschürt hatten, waren die ex-ante-Schätzungen nicht übertrieben hoch. Wie in der Folge (siehe Tabelle 1) noch gezeigt wird, decken sich im Fall Österreich die ex-post-Schätzungen weitestgehend mit den ursprünglichen Erwartungen.

3. Was hat die EU-Mitgliedschaft gebracht?

Theoretisch müsste Europa, insbesondere die Europäische Union aufgrund ihrer stetigen integrationspolitischen Vertiefung die USA ökonomisch bereits weit hinter sich gelassen

haben. Die Realität sieht leider ganz anders aus. Diesen Widerspruch kann man als "Integrationspuzzle" bezeichnen (siehe Breuss 2014B). Nicht nur wächst Europa im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte langsamer als die USA, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise – ausgelöst in den USA – hat Europa und hier vor allem die Peripheriestaaten der Eurozone besonders hart getroffen. Aus der Krise hat sich die US-Wirtschaft wieder deutlich erholt und übertrifft bereits das Vorkrisenniveau, während die EU erst knapp das Vorkrisenniveau erreicht hat und ansonsten wegen der selbstauferlegten Schuldenabbaustrategie eher in eine Phase abnehmender Grenzerträge einschwenken dürfte. Zusätzlich werden die Sanktionen gegen Russland Europas Wirtschaft härter treffen als jene der USA.

3.1 Das „EU- Integrationspuzzle“

Die heutige Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung als EWG ökonomisch zum einen immer stärker integriert bzw. vertieft und zum anderen ständig erweitert. Die Integration schritt kontinuierlich voran von einer reinen Zollunion in den sechziger Jahren zum Kernstück der Integration, dem Binnenmarkt Anfang der neunziger Jahre mit den vier Freiheiten. Als vorläufige Krönung der Wirtschaftsintegration gilt die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Einführung des Euro in derzeit weit mehr als der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten.

Trotzdem hinkt die EU im Wirtschaftswachstum den USA nach („EU-Integrationspuzzle“). Laut Daten von Eurostat wuchs in den USA das reale BIP im Durchschnitt pro Jahr zwischen 1960 und 1970 um 4,2%, in der EU-15 um 4,8%. Zwischen 1970 und 1980 lag die Wachstumsrelation bei 3,2% zu 3,1%. Beim jährlichen Wachstum des realen BIP pro Kopf (dies ist im Vergleich mit den USA aussagekräftiger) hielt die EU-15 mit 4,0% (1960-70) und 2,6% (1970-80) noch den Vorsprung vor den USA (2,9% bzw. 2,1%). Ab 1980 fiel die EU-15 in beiden Wachstumsindikatoren hinter die USA zurück. Für das BIP-Pro-Kopf-Wachstum ergibt sich folgendes Bild: 1980-90, EU-15 +2,2%, USA +2,4%; 1990-2000, EU-15 +1,7%, USA +2,2%. Während und nach der "Großen Rezession" (2007-2015) reüssierten die USA mit einem jährlichen Wachstum von +0,7% deutlich besser als die EU-15 (-0,1%).

Selbst von der Ostöffnung 1989 hat die alte EU-15 im Durchschnitt nicht besonders profitiert: jährliches Wachstum des realen BIP pro Kopf (reales BIP) zwischen 1989 und 2007: 1,7% (2,4%), während die USA ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1,9% (3,0%) erzielten. Diese unterschiedliche Wachstumsdynamik spiegelt sich auch in der Entwicklung des "Wohlstandsabstands" zu den USA. Im Jahr 1960 lag das BIP pro Kopf (zu

Kaufkraftparitäten) in den USA noch um 60% über dem Niveau von EU-15. Durch das raschere Wachstum in Europa in der Wiederaufbauphase schrumpfte der Vorsprung der USA: bis zum Jahr 1970 bzw. 1980 auf 43% bzw. 35%. Durch das Ausbleiben des erhofften Wachstumsschubs als Folge der Vertiefung/Erweiterung der EU-Integration (Binnenmarkt, WWU und EU-Erweiterung) vergrößerte sich der Wohlstandsabstand der USA zur EU wieder: 1990 betrug er bereits wieder 38% und dürfte bis 2015 wieder auf 44% ansteigen.

3.2 Österreich zieht EU und USA davon

Einzelne Mitgliedsländer haben aber durchaus besser reüssiert als der Durchschnitt der EU; d.h. für sie gilt das "Integrationspuzzle" offensichtlich nicht. Das gilt für Deutschland und besonders für Österreich. Deutschland ist in allen Zehnjahresphasen seit 1960 rascher gewachsen als die USA. Eine Ausnahme stellen die Jahre rund um die Wiedervereinigung dar. Der Wachstumsvorsprung Österreichs zur EU-15 bzw. gegenüber Deutschland in der Periode seit der Ostöffnung (1989) bis zum Vorkrisenjahr 2007 betrug, gemessen am realen BIP 0,2 Prozentpunkte pro Jahr; gemessen am realen BIP pro Kopf war der Abstand noch größer – gegenüber der EU-15 0,4 Prozentpunkte, gegenüber Deutschland sogar 1,3 Prozentpunkte.

3.2.1 Hoher EU-Bonus bis zur Krise

In mehreren ex-post-Studien (siehe Breuss 2012, 2013, 2014A) wurde nachgewiesen, dass der Wachstumsvorsprung Österreichs zu anderen Partnern in der EU (z.B. Deutschland) nur erklärt werden kann durch die Gewinne aus der EU-Mitgliedschaft („EU-Bonus“). Dieser Wachstumsbonus hielt sicherlich bis und kurz nach der Krise 2009 an.

Die Berechnung von Integrationseffekten ist mit der zunehmenden Vertiefung der europäischen Integration immer komplizierter geworden. Für jede Stufe (Zollunion, Binnenmarkt, WWU und Euro sowie EU-Erweiterung) braucht es eigene Integrationstheorien. Die quantitative Abschätzung von Integrationseffekten ist letztlich nur mit Simulationen durch Modelle, die die entsprechenden Integrationstheorien berücksichtigen, zu leisten.

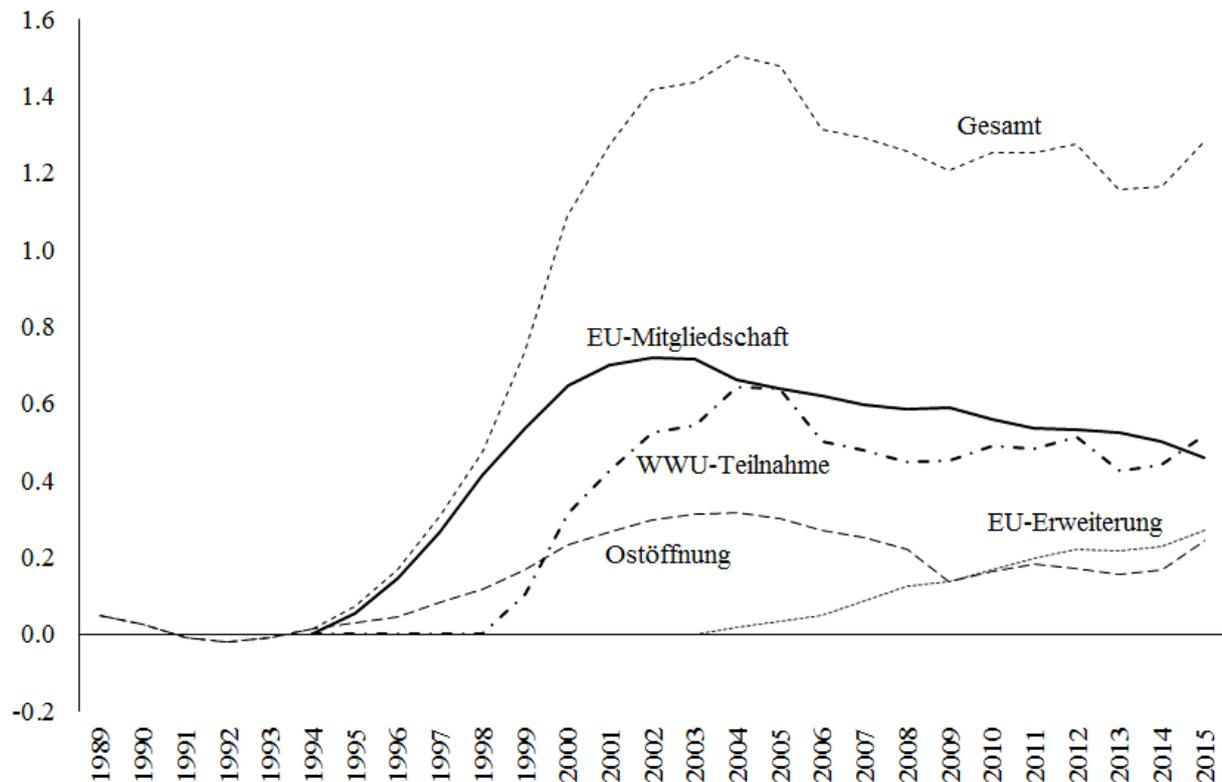
Im Falle Österreich wurden in den jüngsten ex-post-Berechnungen (siehe Breuss 2014A) die Integrationseffekte mittels eines eigens dafür konstruierten Makromodells für alle Integrationsschritte, die Österreich seit der Ostöffnung 1989 mitgemacht hat (besonders die Auswirkungen des EU-Beitritts 1995, der WWU-Teilnahme 1999 und der EU-Erweiterung 2004/07) separat geschätzt und die Einzelergebnisse zu einem Gesamtergebnis der

Integrationseffekte für die wichtigsten makroökonomischen Kennzahlen zusammengefasst (siehe Abbildung 1 und Tabelle 1).

3.2.1.1 Ostöffnung 1989

Der Fall des Eisernen Vorhangs war für die österreichische Wirtschaft ein unerwartetes Geschenk. Dieses welthistorische Ereignis verstärkte den bereits existierenden Habsburg- oder „k.u.k.-Monarchie“-Effekt. Österreich nutzte sehr rasch diese neuen Möglichkeiten für Handel und Direktinvestitionen. Die Ostöffnung (mehr Handel und mehr Investitionsmöglichkeiten in Osteuropa, verbunden mit geringfügigen Migrationsströmen) schlägt sich laut Modellsimulationen in einem Anstieg des realen BIP von 0,2% pro Jahr nieder. Das ermöglichte die Schaffung von mehr als 3.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr und verringerte die Arbeitslosigkeit. Die neuen Handelsimpulse verbesserten die Leistungsbilanz (siehe Tabelle 1).

Abbildung 1: Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit 1989
BIP, real: Veränderung gegen das Vorjahr in % (gleitende 6-Jahresdurchschnitte)



Quelle: Breuss 2014A

3.2.1.2 EU-Mitgliedschaft 1995

Der wichtigste Schritt der österreichischen Integration in Europa war der EU-Beitritt. Erst die volle Teilnahme am Binnenmarkt der EU ermöglichte die Ausschöpfung der „echten“

Integrationseffekte (mehr Intra-EU-Handel, Ausschöpfung von Skaleneffekten und Steigerung der Produktivität, mehr Preiswettbewerb, leichte Migration). Dazu kommen für Österreich als zweitreichster EU-Mitgliedstaat auch Netto-Kosten vis à vis dem EU-Haushalt. Insgesamt stieg durch den EU-Beitritt (Binnenmarkteffekt) das reale BIP in Österreich um 0,6% pro Jahr². Auf Grund der verschärften Konkurrenz verringerte sich der Preisauftrieb. Die Teilnahme am Binnenmarkt und die gestiegene Produktion führten zur Schaffung von 12.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr. Dadurch sank die Arbeitslosigkeit beträchtlich. Infolge der Konfrontation mit starken Wettbewerbern seitens der alten EU-Mitgliedstaaten (besonders in Deutschland) verschlechterte sich die Leistungsbilanz (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit 1989
Ausgewählte makroökonomische Kennzahlen

	Reales BIP		VPI (Inflation)	Beschäftigung gesamt		Arbeitslosen- quote	Arbeitslosen- Anzahl	Leistungs- bilanz	Budget- saldo
	in %	Mrd. EUR 2005 Preise	in %	in %	in 1.000	in %- Punkten	in 1.000	in % des BIP	
<i>Ostöffnung 1989 - 25 Jahre</i>									
1989-2015									
kumuliert	4.72	12.73	0.40	2.02	84.91	-0.52	-20.11	2.10	0.25
pro Jahr	0.18	0.49	0.02	0.08	3.27	-0.02	-0.77	0.08	0.01
<i>EU-Mitgliedschaft 1995 - 20 Jahre</i>									
1995-2015									
kumuliert	12.72	31.84	-5.07	6.06	244.7	-1.36	-49.41	-10.5	0.56
pro Jahr	0.58	1.59	-0.25	0.30	12.23	-0.07	-2.47	-0.53	0.03
<i>WWU-Teilnahme 1999 - 15 Jahre</i>									
1999-2015									
kumuliert	9.30	24.00	0.80	3.86	159.18	-1.00	-38.05	-4.06	0.55
pro Jahr	0.53	1.50	0.05	0.24	9.95	-0.06	-2.38	-0.25	0.03
<i>EU-Erweiterung 2004 und 2007 - 10 Jahre</i>									
2004-2015									
kumuliert	2.44	6.71	-0.02	1.07	45.49	-0.17	-5.53	0.02	0.31
pro Jahr	0.20	0.61	0.00	0.10	4.14	-0.02	-0.50	0.00	0.03
<i>Integrationseffekte insgesamt seit 1989 (alle Integrationsschritte) - 25 Jahre</i>									
1989-2015									
kumuliert	28.55	62.65	-4.45	12.64	480.43	-2.70	-92.70	-10.23	1.44
pro Jahr	0.94	2.41	-0.17	0.49	18.48	-0.10	-3.57	-0.39	0.06

Quelle: Breuss 2014A

² Berger et al. (2014) kommen mit dem makroökonomischen Gleichgewichtsmodell PuMA von EcoAustria zum gleichen Ergebnis.

3.2.1.3 WWU-Mitgliedschaft 1999

Die Teilnahme an der WWU und die Einführung des Euro war nur die logische Konsequenz eines Vollmitglieds der EU. Allerdings gibt es auch - wie z.B. Dänemark, Großbritannien, Polen und Schweden demonstrieren - Ausnahmen von dieser Regel. Deswegen ist die EU mehrfach gespalten. Man spricht in diesem Zusammenhang auch oft vom „Europe à la carte“. Es gibt Länder, die bei allen Integrationsschritten (wie z.B. Österreich) mitmachen, und solche, die nur die „Rosinen picken“ (seit 2015 19 von 28 EU-Mitgliedstaaten verwenden den Euro; nicht alle machen beim Schengen-Projekt mit). Diese „Spaltung“ der EU hat sich gerade in der Euro-Krise weiter vertieft, als die Eurozonenländer immer neue Instrumente zur Krisenbewältigung entwickelten, während die Nicht-Euroländer abseits standen.

Die Teilnahme an der WWU bzw. die Einführung des Euro trug – über vermehrte und wechselkurssichere Handelsbeziehungen und mehr Wettbewerb – dazu bei, dass in Österreich das reale BIP zusätzlich um 0,5% pro Jahr stieg. Dieses Ergebnis deckt sich im Wesentlichen auch mit jenen anderer Studien. Die Studie von McKinsey Germany (siehe Breuss 2012, 2014A) weist für Österreich sogar noch einen etwas höheren Gewinn für Österreich (+0,8% mehr reales BIP pro Jahr) aus.

3.2.1.4 EU-Erweiterung 2004/07

Die große EU-Erweiterung ab 2004 (zunächst um 10 Länder, dann 2007 um Bulgarien und Rumänien und 2013 um Kroatien) verstärkte die bereits mit der Ostöffnung einsetzenden positiven Effekte der österreichischen Europaintegration. Der Abbau der Grenzen (Ausweitung des Binnenmarktes) gegenüber den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa ermöglichte eine zusätzliche Ausschöpfung von Handlungspotentialen. Die EU-Erweiterung schlug sich demnach mit einem zusätzlichen Anstieg des realen BIP von 0,2% pro Jahr nieder. Bisherige Studien zur EU-Erweiterung proklamierten eine 1:10-Regel. D.h., dass die Wohlfahrtsgewinne der neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa durch die EU-Erweiterung (Teilnahme an einem zuvor mehr oder weniger verschlossenen Binnenmarkt) zehn Mal so hoch ausgefallen sind als für die alten EU-Mitgliedstaaten (siehe auch Breuss 2014A).

3.2.1.5 Gesamteffekte der österreichischen EU-Integration seit 1989

Obwohl die verschiedenen Stufen der europäischen Integration seit 1989 - Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterungen – zeitlich hintereinander abgelaufen sind, überlappen sich ihre Effekte teilweise. Daher kann man die Integrationseffekte der einzelnen Integrationsstufen nicht einfach aufsummieren (siehe Tabelle 1). Insgesamt hat der seit 1989

ablaufende Integrationsprozess in Österreich zu einer Steigerung des realen BIPs (etwas weniger bezogen auf das reale BIP pro Kopf) von 0,9% pro Jahr (das entspricht 2,4 Mrd. EUR) beigetragen. Das hat dazu geführt, dass pro Jahr mehr als 18.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Die Arbeitslosenquote sank dadurch um 0,1 Prozentpunkte pro Jahr. Mehr Wettbewerb durch Teilnahme am EU-Binnenmarkt und an der WWU hat die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr gedrückt. Die Importe stiegen insgesamt stärker als die Exporte und führten dadurch zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz. Dies geht hauptsächlich auf die EU-Mitgliedschaft (Teilnahme am Binnenmarkt und an der WWU) zurück und wurde teilweise durch Ostöffnung und EU-Erweiterung kompensiert. Österreich, das zuvor politisch und ökonomisch am Ostrand Europas lag, rückte durch die Ostöffnung 1989 und die EU-Erweiterungen ab 2004 plötzlich in die Mitte Europas. Das ermöglichte eine aktive Teilnahme am Prozess der Globalisierung oder „Mini-Globalisierung“ in Bezug auf Osteuropa.

Der Trend (zeitliche Verlauf) der simulierten Effekte der österreichischen EU-Integration zeigt für jeden großen Integrationsschritt (EU-Beitritt, WWU-Teilnahme), dass die positiven Effekte auf das BIP zunächst stark ansteigen und dann allmählich abklingen (siehe Abbildung 1). Nur im Falle der Ostöffnung 1989 und der EU-Erweiterung 2004 gibt es einen ziemlich stabilen Aufwärtstrend, der noch nicht abgeklungen ist. Seit den Krisen in Europa (Große Rezession 2009 und Euro-Krise seit 2010) haben die Wachstumseffekte der EU- und WWU-Integration abgenommen.

Die Integrationseffekte von Tabelle 1 (kumuliert und pro Jahr) verdecken allerdings das „wahre“ Profil der berechneten Integrationseffekte, indem sie suggerieren, dass die ausgewiesenen durchschnittlichen Wachstumseffekte für immer so weiterlaufen würden. In der Realität führt die Integration eines Landes in eine größere Integrationsgemeinschaft zunächst zu einem anfänglich hohen positiven Wachstumsschub (hauptsächlich durch die notwendige Anpassung und einen Produktivitätsschock), der dann allmählich abklingt. Darin spiegelt sich auch die Stimmung der Bevölkerung, die anfänglich euphorisch über den EU-Beitritt war und dann, als Normalität einkehrte, zunehmend EU-skeptischer geworden ist. Man beobachtet daher in der Regel im Zeitverlauf „fallende Grenzerträge“ der Wirtschaftsintegration. Selbst nachdem die Wachstumseffekte nachgelassen haben, stiegen die Niveaus der Einkommen (reales BIP) kumulativ um 29% (oder um 63 Mrd. EUR zu 2005 Preisen) als Ergebnis der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsstufen der letzten 25 Jahre seit der Ostöffnung. In dieser Zeit ist das reale BIP pro Kopf (die Wohlfahrt) in Österreich kumulativ um 28% oder um 7.000 EUR gestiegen. Die Wohlfahrtsgewinne waren

allerdings – was auch die ÖsterreicherInnen in den Umfragen (siehe Schmidt, 2014) vermuten – nicht gleich auf alle Gruppen verteilt. Am meisten dürften wohl die Unternehmen, die stark in den neuen EU-Mitgliedstaaten engagiert sind, gewonnen haben. Ein Indikator dafür ist die sinkende Lohnquote. Dieser Trend wurde durch den EU-Beitritt und besonders durch Ostöffnung und EU-Erweiterung nicht gestoppt, sondern hat sich durch die „Mini-Globalisierung“ eher verstärkt (siehe Breuss, 2010).

Aber die Wohlfahrtsteigerung in Österreich durch die europäische Integration drückt sich nicht nur durch das gestiegene BIP pro Kopf aus. Wohlfahrt durch mehr EU-Integration muss umfassender gesehen werden. Auch eine größere Auswahl (Variation) an Produkten und Dienstleistungen sowie die Möglichkeit der Ausschöpfung zusätzlicher individueller Freiheiten (die vier Freiheiten des Binnenmarktes, insbesondere die Arbeitsfreizügigkeit und Schengen) erhöhen die Arbeitsmobilität und das passfreie Reisen; letzteres wird auch erleichtert durch den Euro. Des Weiteren hat die österreichische EU-Mitgliedschaft zu einer Modernisierung des politischen Systems geführt, indem einheitliche europäische Standards eingeführt wurden. Das alles trägt zur Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt bei. Eine volle Teilnahme am EU-Binnenmarkt und an der WWU impliziert auch einen permanenten Druck auf die Preise und steigert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Dieser Effekt wird durch jede neue Runde von EU-Erweiterungen und der dadurch erfolgten Vergrößerung des Binnenmarktes verstärkt.

Die Plausibilität der Modellsimulationen (Steigerung des realen BIP in Österreich um ½ bis 1 Prozentpunkt pro Jahr) wird bestätigt durch den Wachstumsvorsprung der letzten Jahrzehnte gegenüber anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU. Diese „Wachstumsdividende“ (Wachstumsvorsprung z.B. gegenüber Deutschland und der Schweiz) wäre schwer bis gar nicht erklärbar ohne die Vorteile, die Österreich aus der europäischen Integration gezogen hat³.

3.2.2 Schwindender EU-Wachstumsbonus seit der Euro-Krise

Die anhaltende Euro-Krise und die Unsicherheiten und Krisen in Osteuropa (Ukraine-Krise, Sanktionen der EU gegenüber Russland) haben die Aussichten für Österreichs Wirtschaftsentwicklung deutlich eingetrübt. Alle internationalen Organisationen (EU, IMF, OECD) mussten in letzter Zeit ihre Prognosen – speziell für den Euroraum und damit auch für

³ Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO, 2014) hat anlässlich des Jubiläums „20 Jahre EU-Mitgliedschaft“ eine umfangreiche Zusammenstellung der einschlägigen Studien zum Thema Integrationseffekte für Österreich gemacht und auch eine Bilanz (Vor- und Nachteile) der einzelnen Branchen und der Bundesländer gezogen.

Österreich – deutlich zurücknehmen. Gerade für Österreich bedeutet eine Eintrübung der Wirtschaftsaussichten im bisher dynamischsten Markt Europas, jenem der neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa, dass der bisherige EU-Wachstumsbonus langsam abflaut. D.h. auch, dass sich die bisherigen Wachstumsvorsprünge gegenüber der EU/Eurozone oder Deutschland von rund ½% pro Jahr ins Gegenteil verkehren könnten. Österreich dürfte laut allen nationalen und internationalen Prognosen in naher und mittlerer Zukunft langsamer wachsen als die EU/Eurozone, Deutschland, die Schweiz und vor allem als die USA.

4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Österreich hat – entgegen der verbreiteten Meinung in der Bevölkerung - bisher sicherlich sehr stark von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Allein vom EU-Beitritt ist in Österreich ein Wachstumsimpuls von jährlich ½% mehr Wirtschaftswachstum ausgegangen. Dazu war Österreich auch noch begünstigt durch die anderen Integrationsschritte der EU (Ostöffnung 1989, Teilnahme an der WWU und Einführung des Euro, EU-Erweiterungen seit 2004). Insgesamt lukrierte Österreich einen EU-Wachstumsbonus von ½ bis 1 Prozentpunkt mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr. Das seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich eingetrübte wirtschaftliche Umfeld („Große Rezession“ 2009; Euro-Krise seit 2010) sowie die politischen Krisen in Osteuropa (Ukraine-Russland-Konflikt) haben die Erwartungen zusätzlich eingetrübt. Die meisten EU-Mitgliedstaaten – mit wenigen Ausnahmen (z.B. Deutschland und Großbritannien) - haben nicht einmal das BIP-Niveau des Vorkrisenjahres 2007 erreicht. Viele sprechen im Zusammenhang mit der im Vergleich zu den USA schleppenden Erholung in Europa von einer „säkularen Stagnation“. Die Notwendigkeit des Schuldenabbaus im Rahmen der neuen verschärften Budgetregeln in der EU/Eurozone lässt wenig Spielraum für staatliche Impulse. Auch die EZB ist bereits an der Nullzinslinie angelangt und kann kaum neue Impulse setzen. Ob strukturelle Reformen allein helfen, aus der Krise zu kommen, bleibt abzuwarten. Österreich muss sich als langjähriges EU-Mitglied, das durch die historische Öffnung des Ostens und die EU-Erweiterungen glücklicherweise ins Zentrum Europas gerückt ist, langsam daran gewöhnen, nicht mehr ein Primus, sondern ein normales Mitglied der Union zu sein. Externe Wirtschaftsimpulse müssen nun durch interne ersetzt werden (siehe Breuss, 2015).

Literatur

- Berger, J., Graf, N., Strohner, L., Schuh, U. (2014), „Wirtschaftliche Auswirkungen der österreichischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union“, *Policy Note*, No. 7, EcoAustria, Wien, Mai 2014.
- Breuss, Fritz (2010), “Globalisation, EU Enlargement and Income Distribution”, *International Journal of Public Policy* (IJPP), Vol. 6, Issue 1-2, 2010, 16-34.
- Breuss, Fritz (2012): EU-Mitgliedschaft Österreichs - Eine Evaluierung in Zeiten der Krise, WIFO-Studie, Wien, Oktober 2012.
- Breuss, Fritz (2013): Effekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft, In: FIW Policy Brief, Nr. 18, Jänner 2013.
- Breuss, Fritz (2014A): A Prototype Model of European Integration: The Case of Austria, In: WIFO Working Papers, Nr. 465, March 2014.
- Breuss, Fritz (2014B): Das „EU-Integrationspuzzle“, In: Ökonomenstimme, 20. August 2014.
- Breuss, Fritz (2015), „In Search of Growth in a Future with Diminished Expectations: The Case of Austria“, *WIFO Working Papers*, No. 493, January 2015.
- Schmidt, Paul (2014), *20 Jahre EU-Mitgliedschaft. Eine Bilanz der ÖsterreicherInnen*, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), 11. Dezember 2014.
- WKO (2014): *Österreich in der Europäischen Union: 20 Jahre Binnenmarkt*, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, Dezember 2014.